

**6. und 7. November 2021**

**Wie weiter nach der Bundestagswahl?**

**Brauchen wir eine Neuausrichtung linker Politik?**

**Teilnehmendenliste:**

Gabi Faulhaber

Talina Lopez-Rodriguez

Denis Can Bulut

Nicole Kuhn

Karim Ahroba

Filiz Akbas

Christian Beyer

James Reinhard Horst

Uwe Pröpper

Petra Heimer

Wolfgang Lörcher

Nick Papak Amoozegar

Lukas Hof

Nikola Pengacevic

**Wahleinschätzungen:**

**1. Erklärung von Frieden-Links: Das Debakel war vorauszusehen – was lernen wir daraus?**

Im Wahlkampf gerierte sich die LINKE als ob die nur von ihr angestrebte „rot-rot-grüne“ Koalition bereits bestünde und als ob die LINKE nicht nur Garantin einer echt linken Koalition wäre, die SPD ein wenig sozialer, die Grünen konsequent ökologisch machen könne. Rund eine Million ihrer Wählerinnen und Wähler gaben dann aber ihre Stimme zu ziemlich gleichen Teilen lieber den beiden Originalen. Statt des Mitregierens auf kaum wärmendem Flämmchen mit vielleicht einem Staatssekretärsposten hat sich die Stimmenzahl der linken Opposition halbiert.

Der kluge Gedanke *Veränderung beginnt mit Opposition* stammt von der Vorgängerpartei der LINKEN, der PDS. Als Oppositionskraft hatte die LINKE einen

Gebrauchswert, sie hat Alternativen wachgehalten, und wurde deshalb von vielen gewählt. Als Regierungspartei im Wartestand, bereit, Grundsatzpositionen, vor allem in der NATO-Frage, aufzugeben, hat sie sich selbst überflüssig gemacht. Wenn DIE LINKE sich erholen, d.h. zu sich selbst zurückfinden will, muss sie sich nicht, wie es neudeutsch heißt, *neu erfinden*, sondern zu ihrem Programm, zu Opposition und Widerspruch zurückfinden. Ob sie dazu die Kraft findet, ist offen.

Obwohl: Die Themen der Linken liegen auf der Straße bzw. sind längst in ihrem noch immer gültigen Parteiprogramm festgeschrieben.

- Die Friedensfrage (und die NATO-Mitgliedschaft) waren schon Jahre lang der LINKEN als das entscheidende Hemmnis für eine Regierungsbeteiligung vorgehalten worden. Ein Festhalten an dieser Position war das Markenzeichen der Partei. Das konsequente Beharren auf dieser Position schlug die Brücke zum sozialpolitischen Schwerpunkt der Partei: Statt 2% des Bruttosozialprodukts für Aufrüstung und gigantische neue Rüstungsprojekte zur Verfügung zu stellen – was alle Parteien, die jetzt über eine mögliche Koalition verhandeln, als selbstverständlich akzeptieren – wäre dies ein zentraler Interventionspunkt für die LINKE gewesen.
- Denn hier liegen die Mittel für eine gerechtere Gesellschaft und für einen wirtschaftlichen Umbau, der die Produktion gesellschaftlich nützlicher Güter ermöglicht. Hier liegt auch der Schlüssel zu einer sozial-ökologischen Konversion. Damit würde die auch ohne direkte Kriegsführung bereits gigantische Ressourcenverschwendung und Treibhausgasbelastung durch die weltweite imperiale Militärpräsenz auf Militärbasen, dem Wasser und in der Luft beendet.
- Auslandseinsätze werden weiterhin das Markenzeichen der Bundeswehr bleiben. Nicht umsonst wurde sie umbenannt von „Verteidigungsarmee“ zu „Armee im Einsatz“. Dies artikuliert klar und deutlich den Willen zur (imperialistischen) Intervention. Sie erfolgt teils durch Berufung auf Mandate der UN, teils unter Berufung auf Mandate der EU, der die Mandatierung solcher Interventionen völkerrechtlich nicht zusteht. Die Berufung auf UN-Mandate erfolgt dann im Rahmen sogenannter Blauhelmissionen, deren Aufgabenstellung längst einem Wandel hin zum Interventionismus der großen westlichen Mächte verkommen ist: So waren die frühen Blauhelmeinsätze dadurch gekennzeichnet, dass nur kleine und neutrale Staaten Blauhelmtuppen stellen sollten, um so Großmachtinteressen fernzuhalten, und dass diese Truppen nur zur Selbstverteidigung Waffen tragen sollten.
- Nur die konsequente Kritik am herrschenden Kapitalismus und der Umbau der Gesellschaft in Richtung auf eine an den Interessen der Menschen orientierte Wirtschaft (Wohnen, Gesundheit, Umwelt) unter Verzicht der im besten Falle unproduktiven enormen Rüstungsgüter machen solche dringend erforderlichen

Reformen in Richtung auf eine humane und sozialistische Gesellschaft möglich. Sie sind Voraussetzung für ein gutes Leben.

- Als Sahnehäubchen für die friedenspolitische Argumentation kam in den letzten Wahlkampftagen noch die Flucht der NATO-Vormacht aus Afghanistan hinzu, die die Richtigkeit der zwanzigjährigen Analysen und Forderungen der LINKEN an diesem Kriegseinsatz, wie an den anderen Auslandseinsätzen bestätigte. Diese Steilvorlage der Zeitgeschichte wurde nicht argumentativ aufgenommen. Die Partei war in keiner der großen Streitfragen ob Corona-Pandemie, Klimawandel oder Konfrontation gegen Russland und China als Opposition hör- und sichtbar.

Es mag bitter erscheinen, aber es ist die einzige Alternative: Harte, konsequente, programmkonforme Oppositionsarbeit ist der einzige Weg zurück zu politischer Identität und zu Glaubwürdigkeit beim Souverän. Eine Chance für sichtbare und wirksame Oppositionspolitik ist immerhin der Erhalt des Fraktionsstatus, der von jenen drei Wackern errungen wurde, die in Berlin und Leipzig Direktmandate erkämpften.

*5. 10. 2021 Berlin, Bremen, Düsseldorf, Edermünde, Essen, Frankfurt/Main, Hamburg*

***Reiner Braun**, Berlin, International Peace Bureau, Kampagne Stopp Air Base Ramstein  
**Wolfgang Gehrcke**, Berlin, Ex-MdB DIE LINKE. | **Kristine Karch**, Düsseldorf, Co-Sprecherin internationales Netzwerk „No to war-no to NATO“, Kampagne Stopp Air Base Ramstein | **Prof. Dr. Karin Kulow**, Berlin, Nahost- und Islamwissenschaftlerin | **Ekkehard Lentz**, Bremen, Sprecher Bremer Friedensforum | **Pascal Luig**, Berlin, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss), Kampagne Stopp Air Base Ramstein | **Willi van Ooyen**, Frankfurt/M. Aktivist der Friedens- und Sozialforumsbewegung, Bundesausschuss Friedensratschlag, Ostermarschbüro | **Prof. Dr. Norman Paech**, Hamburg, Jurist und emeritierter Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht | **Karl Heinz Peil**, Frankfurt/M. Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., verantwortlicher Redakteur des ‚Friedensjournal‘ | **Christiane Reymann**, Berlin, Autorin | **Prof. Dr. Werner Ruf**, Edermünde, Kasseler Friedensforum, Mitglied des Gesprächskreises Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung | **Bernhard Trautvetter**, Essen, Mitbegründer Netzwerk Schule ohne Bundeswehr NRW, Sprecher Essener Friedensforum, VVN-BdA, GEW*

**2. Beitrag des Bundesgeschäftsführers und Wahlkampfleiters Jörg Schindler zum Wahlergebnis der LINKEN bei der Bundestagswahl 2021. Die zentralen Thesen dieses Beitrags hat Jörg Schindler auch auf der Parteivorstandsklausur am 2. Oktober mündlich in die Diskussion eingebracht.**

**Der Wahlkampf war nicht der Grund der Niederlage.**

Unser Wahlkampf fokussierte soziale, ökologische und solidarische Themen. Die Partei stand hinter den Themen Miete, Mindestlohn, Pflege, würdiges Leben für Rentner\*innen, Ausbau des ÖPNV, Verbot der Waffenexporte, unteilbare Menschenrechte. Über 221.000 Haustüren wurden aufgesucht, 2.175 Genoss\*innen haben sich zu 110 Workshops hierzu angemeldet, sie haben unermüdlich unsere politischen Themen erklärt, es wurden Millionen Zeitungen gesteckt, in den sozialen Medien diskutiert und morgens um 6 Uhr Infostände aufgebaut. Die Kandidierenden haben einen tollen Job gemacht und auf Podien für uns gestritten. An den Super-Thuesday-Workshops haben 2.200 Genoss\*innen teilgenommen. Wir haben tausende Plakate gehängt. Von ihren acht Themen waren fünf sozialpolitisch. Es gab regelmäßige Mailings an die Mitglieder, unseren wöchentlichen Newsletter und Linksaktiv, sowie erstmals eine App, die von mit 3.500 NutzerInnen aus 172 Kreisverbänden genutzt wurde. Über 2.000 Mitglieder waren Teil unserer Social-Media-Einhornfabrik und färbten das Netz rot; sie brachten #ichwähleLinks in die Trends. In den sozialen Medien erreichten wir mit unseren Sharepics mehrere Millionen User\*innen und unser verfilmtes Kurz-Wahlprogramm sahen auf YouTube und anderen Kanälen 100.000 Menschen.

Der Kandidierenden-Service war für 343 Direkt- und Listenkandidat\*innen da. Die KandidatInnen wurden eng begleitet, mit Profilen, bei Anfragen, Wahlprüfsteinen, Bürger\*innenzuschriften oder Handreichungen. In der Pressestelle wurden für die Spitzenkandidat\*innen in Zusammenarbeit mit dem Grundsatzbereich inhaltliche Aufschläge erarbeitet: Klima-Jobprogramm, Sozialstaat, Osten, Vermögensteuer. Auch unser "Sofortprogramm", als es schien, dass unsere Partei zumindest arithmetisch Teil einer rot-rot-grünen Mehrheit sein könnte. In einer Veranstaltungstour reiste unser Mobil über mehrere Wochen durch alle Bundesländer. Auch den Mitarbeiter\*innen im Karl-Liebnecht-Haus und in den Geschäftsstellen der Landes- und Kreisverbände danke sehr für ihren unermüdlichen Einsatz.

Die strategischen Direktwahlkreise, acht an der Zahl, erhielten gesonderte Unterstützung: finanzielle Mittel, gesonderte Personenfolder, Zuschüsse zu Großflächen mit Personenmotiv, Werbeschaltung über soziale Medien, InApp-Werbung und aktivierende

Linksaktiv-Mailings. Zusätzlich gab es individuelle Unterstützung, bedarfsweise über Social Media oder eine Postwurfsendung in alle Haushalte. Die strategischen Direktwahlkreise waren unser Sicherungsseil, das wir gespannt hatten. Mein Dank gilt hier auch Gregor Gysi, Gesine Löttsch und Sören Pellmann, die ihre Wahlkreise auch als Persönlichkeiten gewonnen haben.

### **Trotzdem: Wir haben die Wahlen verloren.**

Und ja - es ist nicht die Schuld der Medien, der Konstellation, sondern unsere eigene Schuld. Das Ergebnis ist die Höchststrafe, die es in der Politik gibt: Unter 5 Prozent bedeutet normalerweise politische Bedeutungslosigkeit. Das Wahlergebnis sagt aus: uns wird nicht zugeschrieben, das Leben der Menschen zu verbessern. Unter fünf Prozent, das ist die Todesstrafe für politische Parteien. Wir haben diese Strafe allerdings auf Bewährung erhalten und dürfen wegen drei Direktmandaten trotzdem als Fraktion im Bundestag vertreten bleiben. Ab jetzt haben wir vier Jahre Zeit zu zeigen, dass wir gesellschaftspolitischen Wert haben. Das ist unsere Bewährungsauflage. Eine Chance die wir jetzt nutzen müssen. Sonst droht unausweichlich unser Tod.

### **Wie es dazu kommen konnte:**

Seit 2015 leisten wir uns Vielstimmigkeit zu den aktuellen Fragen der Zeit.

DIE LINKE entstand als Teil einer breiten Bewegung gegen neoliberale Politik, die sehr verschiedene gesellschaftliche Milieus miteinander verband. Sie hat stark gemacht, wenn sie in den gesellschaftlichen Großkonflikten einig argumentiert hat: gegen Hartz IV und Sozialabbau, gegen - in der Gesellschaft nicht akzeptierte - völkerrechtswidrige Interventionskriege. Hier stand unsere Partei über Strömungsgrenzen und Milieus hinweg gegen diese falsche Politik.

Seit 2015 hat sich die Welt jedoch verändert. Neue gesellschaftliche Konflikte wurden dominant - a) Einwanderungsgesellschaft (2015), b) die Dringlichkeit des Klimawandels (2018) c) die Art und Weise der Bekämpfung der Corona-Pandemie (2020) und auch d) das Ende des Interventionismus, die Veränderung der Weltordnung mit den Polen USA, EU, Russland und China.

In diesen vier Konflikten hat sich DIE LINKE öffentlich als widersprüchlich präsentiert. Das war zunächst noch nicht dramatisch, weil es eine gewisse Zeit dauert, bis diese widersprüchliche Vielstimmigkeit bei den Wähler\*innen ankommt und das mit Abstufungen auch auf anderen Parteien zutraf.

**Aber unserer Partei DIE LINKE ist es bis zum Schluss nicht gelungen, in diesen Fragen trotz einmütiger Beschlüsse einen für alle Mitglieder verbindlichen Positionskorridor herzustellen, der nicht verlassen werden darf.**

Dabei hat die Partei intensiv diskutiert. Sie hat sowohl zum Thema Migration als auch zu den Themen Ökologie oder Bekämpfung der Corona-Pandemie oder zur Frage der internationalen Beziehungen, der Unteilbarkeit der Menschenrechte und der Demokratie

eindeutige Beschlüsse gefasst. Ergebnis waren in allen Fällen recht breit getragene politische Mehrheitspositionen auf Bundesparteitagen: Für eine humane und solidarische Einwanderungsgesellschaft, die Menschen aufnimmt und in einem sozialen Prozess inkludiert. Für einen konsequenten ökologischen Umbau ohne Wenn und Aber, der soziale Abstiege ausschließt und Aufstiegsperspektiven schafft. Auf dem Bundesparteitag 2018 und der folgenden Migrationskonferenz sowie der gemeinsamen Klausur der Bundestagsfraktion und Parteivorstand wurde diese Position breit vereinbart. Im Europa- und Bundestagswahlprogrammen 2019 bzw. 2021 haben wir uns als Partei dem konsequenten sozial-ökologischen Umbau verschrieben.

### **Mitte-Unten-Bündnis durch verbindende Klassenpolitik - was denn sonst?**

Die Partei will ein gesellschaftliches Mitte-Unten-Bündnis durchsetzen und verfolgt dazu den Ansatz der "verbindenden Klassenpolitik" im Gefolge der "Mosaik-Linken" (Hans-Jürgen Urban): Es ist der Versuch, verschiedene Perspektiven und Milieus mit ihren sozialen und kulturellen Ansprüchen ernst zu nehmen, überschneidende Interessenlagen, vor allem im sozialen Bereich zu suchen und diese gemeinsam zu vertreten. Darüber sollen vorhandene Spaltungen vermeiden werden und solidarische Prozesse angeregt werden. Wo wiederum (objektive) Interessendivergenzen bestehen, verfolgt die Partei die Strategie, diese Divergenzen möglichst zu minimieren bzw. nicht in den Mittelpunkt zu stellen. - Ich denke, bei "verbindender Klassenpolitik" handelt es sich im Kern eigentlich zunächst erst einmal um eine Form breiter Bündnispolitik der unteren und mittleren Schichten - als praktisches Gegenkonzept zu einer Politik der Arbeitertümelei.

Letztere, von Sähra Wagenknecht vertreten, ist eigentlich eine Art Wiederkehr des Sektierertums der 70er Jahre. Wie ist das zu verstehen? Damals suchten kommunistische Gruppen "die Arbeiter". Bei ihrer abgrenzenden Suche stellten sie fest, dass faktisch niemand dem Idealtyp entsprach. Klassen sind Systematisierungen, die so in Reinform niemals in einer Person auffindbar sind. Menschen sind eben immer Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit mit verschiedenen Einflüssen und Facetten versehen. Verbindende Klassenpolitik, also eine Politik, die die gesamte Klasse im Blick behält, fragt demgegenüber nach **Interessenüberschneidungen**. Diese können ökonomischer, kultureller oder menschenrechtlicher Art sein. Folgend versucht diese Bündnispolitik aus dem Gemeinsamen heraus Fortschritte im gesellschaftlichen Prozess zu erzielen. Werden aber statt Gemeinsamkeiten "die Arbeiter" gesucht, werden systematisch alle Facetten und Widersprüchlichkeit realer Wähler\*innen als für nicht geeignet und nicht bündnistauglich erklärt. Es verzweigt sektiererisch die Linke.

Gleichwohl müssen wir trotz unseres Ansatzes einer breiten Bündnispolitik konstatieren: dem o.g. Prozess, einen solchen Positionskorridor demokratisch in der Partei herzustellen, haben sich reichweiten- und medienstarke Akteur\*innen der Partei, vor allem in der Bundestagsfraktion, entzogen. Es geht dabei nicht um Pluralität - die braucht jede Partei

wie die Luft zum Leben. Es ist nicht zuletzt auch eine zentrale politische Praxis unserer Kritik des Partei-Stalinismus, dass sich Minderheiten immer artikulieren können müssen. Die Praxis in der Bundestagsfraktion war aber kein positiver Pluralismus, sondern eine schlechte Vielstimmigkeit, die zu fehlender Erkennbarkeit führte, eine Kakophonie. Statt eines gemeinsamen Positionskorridors wurden Claims abgesteckt. Von der Partei erarbeitete Positionen wurden häufig medial konterkariert. Nach vorne gerichtete Debatten, die diese gesellschaftlichen Großkonflikte in eine Gesamtstrategie der politischen Veränderung einbinden, fanden im Wesentlichen nicht statt. In der Bundestagsfraktion entstand eine Art politisch-gedankliche Lähmung. "Alte Hits" wieder spielen hieß das wohl. Aber "alte Hits" sind nicht die Melodie der Zeit. Zugleich entzogen sich medienstarke Teile der Bundestagsfraktion einer politischen Debatte in und mit der Partei, führten sie aber über Medien öffentlich weiter. Korridore der Positionsfindung, etwa das gemeinsame Papier zur Einwanderungs-Klausur oder zum Green New Deal, wurden nicht aufgegriffen, sondern weitgehend ignoriert. Stattdessen wurde zunächst mit "Aufstehen" versucht, eine Art pressure group für die eigene Position in der Partei, zugleich aber als Parallelstruktur arbeitend, zu etablieren, um DIE LINKE mit ihren Positionen unter Druck zu setzen, vielleicht sogar mit offener organisatorischer Separierung oder gar Spaltung zu liebäugeln. Unabgestimmt wurde damit der Ort DIE LINKE als Raum der demokratischen Positionserarbeitung infrage gestellt.

### **Nicht Mitglieder, Wähler\*innen und verschiedene Milieus gegeneinander stellen**

Die politischen Veränderungen der gesellschaftlichen Konfliktlage identifizierten Teile der Partei einseitig als Milieuveränderung von Mitglied- und Wähler\*innenschaft. Angeblich würden jüngere und aktivere Mitglieder die soziale Frage zugunsten von "Lifestyle"-Fragen vernachlässigen. So wurden Mitglieder und Wähler\*innen gegeneinander ins Feld geführt. Die einen werden als angeblich nicht sozial motiviert beschimpft, ihre Perspektive nicht produktiv gesellschaftskritisch orientiert, sondern förmlich "abgemeiert". Den anderen wird gesagt, dass DIE LINKE - wegen ersteren - nicht mehr hinreichend sozial sei. Es wurde auf den Bruch, die Differenz hin kommuniziert, nicht auf die Verbindung. Das ist existenzgefährdend.

Zugleich bricht es mit unserem Gründungsimpuls einer breiten linken Sammlungsbewegung. Wir haben es im Wahlkampf tausendfach erlebt: Die Behauptung, dass wir die Arbeiter nicht vertreten, uns mit Gender- und Nebenfragen befassen würden oder grüner als die bürgerlichen Grünen seien. Die beschriebene sektiererische Polarisierung hat daher letztlich beide Gruppen abgeschreckt: sowohl diejenigen, die sich mit ihrer sozialen, ökologischen oder menschenrechtlichen Aktivität vor den Kopf gestoßen fühlen mussten als auch jene, die unsere Partei als die entscheidende Kraft ihrer sozialen Interessen sahen. Daher ergibt sich auch ein Verlust sowohl ins Lager der "rot-grünen" Parteien als auch an die Nichtwähler\*innen.

Das Muster der angeblichen Vernachlässigung sozialer Interessen ist seit 2017 ein stetig wiederkehrendes Argument. Es zieht sich quer über alle Diskussionen. Entgegen der Fakten wird darin behauptet, die Mitglieder der LINKEN würden sich von sozialen Interessen materiell, aber vor allem kulturell entfremden. Dies sei linkes "Lifestyle". Im Buch "Die Selbstgerechten" wurde dies pointiert und polemisch verarbeitet, parallel zur Neuwahl der Parteivorsitzenden und des Parteivorstandes, der eine klare Bestätigung des bisherigen Kurses der verbindenden Klassenpolitik bringt. Das Buch ist als "Gegenprogramm" untertitelt und liest sich als Kritik dieser Linie und des Wahlprogrammmentwurfs, der nur ganz wenige Wochen vorher veröffentlicht wird. Die recht knappe Wahl von Sahra Wagenknecht als Spitzenkandidatin in NRW wird von einer heftigen innerparteilichen Kontroverse begleitet. Über Wochen ist die Partei überwiegend damit beschäftigt. Mitglieder und Aktive gehen verloren. Und in dieser Zeit sinkt die Partei um ein bis zwei Prozentpunkte auf das Level der elektoralen Existenzgefährdung ab.

### **Die Umkehrung des Glaubwürdigkeitsproblems**

Wähler\*innen abgeschreckt haben meines Erachtens weniger unsere Position zu einer gendersensiblen Sprache, sondern dass unsere politischen Gegner\*innen ärgerlicherweise recht erfolgreich den Vorwurf erhoben haben, dass wir Putin und Russland nicht mit gleicher Elle messen wie die Türkei und Erdogan. Haben wir hier nicht mit bestimmten missverständlichen Bildern in der Öffentlichkeit, Interviews und billigen Agitationen nicht tatsächlich dem Vorwurf Vorschub geleistet, wir seien "Putinverstehler"?

Selbstverständlich setzen wir uns konsequent für Entspannungspolitik und Frieden mit Russland ein, gleichwohl gingen Äußerungen und Aktivitäten von einzelnen Mitgliedern des Bundestags teilweise deutlich darüber hinaus. Sie erweckten den Eindruck einer Parteinahme für die autoritäre Politik der russischen Regierung. Das ist aber nicht aufklärerisch, sondern erweckt den Verdacht der Unaufrichtigkeit und der (spiegelverkehrten) doppelten Standards in der Außenpolitik.

So entstand auch ein umgekehrtes Glaubwürdigkeitsproblem: War in den Wahlkämpfen 2009 bis 2017 die SPD unglaubwürdig, weil sie wegen des Ausschlusses einer Koalition mit der LINKEN keine Durchsetzungsperspektive für ihre sozialpolitische Agenda darstellen konnte, wurde diesmal uns vorgehalten, dass wir unsere sozialpolitischen Ziele selbst nicht ernst nehmen, weil unsere außenpolitischen Positionen von diesen oben genannten doppelten Standards oder Rechthaberei geprägt sei. Das ist eine selbstgestellte Falle, in die wir gelaufen sind, weil wir mit unserer Argumentation nicht auf der Höhe der Zeit und vor allem nicht im Herzen der Wähler\*innen waren.

### **Wir haben in mehreren Themenfeldern offene gesellschaftliche Konflikte, die wir als DIE LINKE bearbeiten und für die wir Lösungen anbieten müssen.**

Zum Beispiel im Klimaschutz. Der Schutz der Interessen von Pendler\*innen und der Automobilarbeiter\*innen einerseits und die Positionen der Aktivist\*innen von Ende-

Gelände oder Fridays-for-Future stehen sich hier zunächst oft praktisch gegenüber. Die Aufgabe einer linken Partei ist aber nun, diese Positionen zusammenzubringen und nicht, sich auf eine Seite zu schlagen. Denn die sozialen Interessen der einen und der Klimaschutz gehören zusammengedacht und nicht gegeneinander ausgespielt.

Oder etwa: Wir müssen unsere internationalistische Politik neu durchdenken. Was heißt antiimperialistischer und antimilitaristischer Internationalismus heute? **Wir brauchen letztendlich nicht weniger als eine aktualisierte Theorie des Imperialismus und eine politische Praxis, die sich nicht auf die Seite von Staaten, sondern von Bewegungen stellt. Und in unserer politischen Praxis muss gelten, was die Arbeiter\*innenparteien seit über hundert Jahren singen: Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.**

Auch besprechen müssen wir: Wie ist unser Verhältnis zur Europäischen Union? Wollen wir nicht endlich eine Vertiefung der sozialen Standards? Die Wähler\*innen wollen hier von uns konkretes hören. Diese Debatten müssen wir führen. Wenn es sein muss scharf, aber auf jeden Fall mit Ergebnissen.

Das Abstimmungsergebnis der Bundestagsfraktion zu Afghanistan war Ausdruck der Schwäche, sich auf ein gemeinsames Abstimmungsverhalten zu verständigen. Wir haben im Parteivorstand lange diskutiert und Enthaltung empfohlen. Das war auch begründbar, denn unsere Enthaltung war ein Ja zur Rettung der Ortskräfte und ein Nein zu 20 Jahren verfehlter Afghanistan-Politik. Aber: Zwölf abweichende Stimmen im Bundestag aus unserer Fraktion, sowohl Ja und Nein, sind zu viel, um unsere Position stringent und glaubwürdig zu begründen. Diese Abstimmung war der sichtbarste Ausdruck der politischen Dissonanz der Fraktion, der sich auch in anderen Themenfeldern zeigte. Wir brauchen deshalb in der Fraktion die politische Bearbeitung von Kontroversen und nicht das bloße Nebeneinander von Positionen.

### **Was ist zu tun:**

1.

Zunächst kann aus dem Wahlkampf bereits der Schluss gezogen werden, dass politischer Streit und schrille Botschaften vor der Wahl noch schädlicher sind als sonst: Während wir im 1. Quartal stabile bis sehr gute Eintrittszahlen hatten (14-17/Tag), brachen diese im 2. Quartal regelrecht ein (10-12/Tag). Die Austritte erhöhten sich. Erst zum 3. Quartal, im August, näherten sich die Eintritte wieder dem Niveau von Februar und explodierten dann im September auf über 27-30/Tag. Nach der Wahl erfreuen wir uns immerhin an einer Eintrittswelle: 1.600 neue Mitglieder konnten wir seit der Schließung der Wahllokale alleine online begrüßen.

Diese neuen Mitglieder, die trotz unserer Niederlage zu uns kommen, sind eine Chance. Wir werden in der kommenden Woche einen Neumitgliederzoom machen. Aber das ist ja nur ein kleiner Anfang: Ich schlage vor, dass wir kurzfristig mit den Landesverbänden zusammenkommen, um Angebote für gerade diese jungen Mitglieder ( $\frac{2}{3}$  U35) zu schaffen.

Etwa in einer Konferenz oder gemeinsam mit Jugend- und Studierendenverband. Ich finde auch spannend, welches gesellschaftliche Spektrum diese Mitglieder abbilden.

2.

Die kommenden vier Jahre müssen Bundestagsfraktion und Parteivorstand viel enger kooperieren und verzahnt sein. Ich schlage vor, dass wir im Parteivorstand thematische Arbeitsgruppen bilden, die die Arbeit der Bundestagsfraktion eng begleiten. Umgekehrt schlage ich vor, dass Bundestagsabgeordnete zu konkreten Tagesordnungspunkten am Parteivorstand teilnehmen und über die Arbeit der Bundestagsfraktion berichten bzw. wir gemeinsam Positionen beraten. Das betrifft zentrale Kernfragen der Gesellschaft: den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur. Welche konkreten Schritte wollen wir für einen Umbau der Wirtschaft gehen? Wie können hierbei Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden, und welche Instrumente sollen wir hier maßgeblich einsetzen, etwa den Transformationsfonds? Wie sollen soziale Schieflagen und Belastungen für die notwendige Nutzung des Individualverkehrs vermieden werden, etwa durch ein Mobilitätsgeld? Wie verbinden wir die Kritik an höheren Energiepreisen mit politischen Alternativen, die nicht nur sozial defensiv, sondern auch offensiv sind? Oder beim Thema zeitgemäßer Internationalismus: Wie stellt sich die Partei Schritte für eine gerechte Weltordnung oder eine konkrete Eskalationsverhinderung vor, welche internationalen Institutionen sind zu stärken? Wie profitieren wir von praktischen Erfahrungen anderer Linksparteien in Europa, etwa in Norwegen, Dänemark? Wie sieht eigentlich Internationalismus und eine Entspannungspolitik aus, die nicht in Verdacht steht, mit doppelten Standards zu operieren?

3.

Landesverbände, die durch die Wahl strukturell geschwächt wurden, müssen trotz geringerer Ressourcen gestärkt werden, um in der Fläche präsent zu sein. Zugleich benötigen wir einen neuen Anlauf für die Verankerung - teilweise überhaupt erst deren Aufbau - der Partei in lokalen und kommunalen Politikfeldern. Eine demokratische sozialistische Mitgliederpartei kann nur vom guten Geist der in ihr verschiedengradig aktiven Mitglieder existieren, die sich selbst organisieren; keine hauptamtliche Struktur kann das dauerhaft ersetzen.

4.

Wir haben uns vereinbart, nach der Bundestagswahl einen Mitgliederentscheid zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen durchzuführen. Das Thema ist innerhalb der Partei kontrovers und kann uns zerreißen. Eine Debatte über ökonomische Zusammenhänge kann uns aber auch stärken. Denn gerade die praktische Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus ist das Wesen der Arbeiter\*innenbewegung und Kernthema der Linken. Lasst uns also diesen - notwendigen - Mitgliederentscheid verbinden mit einer innerparteilichen Offensive darüber, wie ein Sozialstaat des 21. Jahrhunderts aussehen soll. Und das ist auch

notwendig, denn die neue Bundesregierung, ob Ampel oder Jamaika, wird den Sozialstaat nicht ausbauen, sondern die Ungleichheit unter neuer Farbgebung anmalen. Dagegen treten wir kämpferisch an!

Wir haben die Bundestagswahl verloren, weil wir es nicht geschafft haben, dass die Menschen uns das zugeschrieben haben, was wir uns vorgenommen haben: das Land gerecht zu machen. Nicht irgendwann, sondern jetzt.

Aber: die gesellschaftliche Aufgabe, das Land gerecht zu machen, bleibt. Daran wird weder die Ampel noch Jamaika etwas ändern. Lasst uns die Größe dieser Aufgabe zur Richtschnur unseres Handelns in den kommenden vier Jahren machen.

### **3. Die Zeit fordert, dass wir handeln**

Berichterstattung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE zur Klausur des Parteivorstandes am 2. und 3. Oktober 2021

Mit dem Verlust von über 2 Millionen WählerInnen, der Halbierung unserer WählerInnen gegenüber der Wahl 2017 und dem Verlust von vielen Parlamentsmandaten in der Bundestagswahl hat sich die Abwärtstendenz für die LINKE, wie in den Landtagswahlen zuletzt Sachsen-Anhalt, fortgesetzt. Keine Frage, dieser Niedergang unserer politischen Substanz ist kein Augenblicksphänomen, sondern hat sich seit längerem angebahnt. Es wäre kein Signal der gründlichen, selbstkritischen Aufarbeitung, wenn dieser politische Absturz nur auf die Bedingungen der Corona-Pandemie und Fehler bei der Anlage und Durchführung des Wahlkampfes zurückgeführt würden.

Der Ältestenrat und auch der Bundesausschuss haben in den vorangegangenen Teilniederlagen mehrfach darauf verwiesen, dass die Beschädigungen der innerparteilichen Demokratie nicht nur durch die Auflagen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens begründet werden können, sondern auch durch selbstverschuldete organisatorische Defizite mit verursacht wurden.

Auch der Ältestenrat wurde in seinem Aktionsradius durch die Pandemiebekämpfung eingeschränkt. Erst Mitte August konnte eine Präsenzveranstaltung in Berlin wieder durchgeführt werden. Im Zentrum stand ein Eingangsreferat des Genossen Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter, zu den politischen Problemen des Wahlkampfes. Wie üblich und gemäß der Satzung unserer Partei den Parteivorstand zu beraten und an öffentlichen Debatten teilzunehmen, haben wir diese Beratung

durchgeführt. In einer Mitteilung, die allen Mitgliedern des Parteivorstandes und den SprecherInnen des Bundesausschusses übermittelt wurde, haben wir unsere Einschätzungen und kritische Bewertungen dieser Beratung dokumentiert. Eine kurze Zusammenfassung aus dem Echo dieser Debatte liegt gleichfalls schriftlich vor.

Wir bitten den Parteivorstand und den Bundesausschuss unsere Bemühungen bei der angekündigten Analyse der Ursachen unserer so grundlegenden Niederlage bei den Wahlen und dem Stand der Parteientwicklung zu beachten und unseren Beitrag zur Gestaltung der "letzten Chance die Partei nach vorn zu entwickeln" ernst zu nehmen, Ohne Mobilisierung aller Segmente der Partei und ohne Respektierung der innerparteilichen Demokratie werden wir die aktuelle Krise nicht meistern können.

Nun kurz zu den wichtigsten Einschätzungen und Bewertungen Bundestagswahl und dem offenkundigen Substanzverlust der Linkspartei:

1. Mit der Bundestagswahl 2021 ist auch in Deutschland sichtbar geworden, dass die enormen Veränderungen der produktiven Kräfte der Gesellschaft nachhaltige Konsequenzen für das Verhältnis zur Natur (Klimawandel) und für Rang und Einfluss unter den Nationen in Europa und der Welt haben. Die Niederlage der CDU bei der Wahl 2021 leitet eine politische Zeitenwende ein. Ob die CDU als konservativ-reaktionäre Kraft nach der Großen Koalition weiter regieren wird, bestimmen nun die Grünen und die FDP. Ob die CDU dafür ihren Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Laschet opfern wird, ist noch völlig offen.

Weil die Gewerkschaften, Sozialverbände und Kirchen – kurz der Großteil der Zivilgesellschaft - von diesem rasanten Wechsel auch erfasst wurden, hat mit dem Ende der Großparteien ein neues Zeitalter für die politische Willensbildung und das Repräsentativsystem begonnen. Wenn die christlichen Kirchen ihre organisatorisch-symbolischen Defizite beklagen, kann es keine großen christlichen Parteien in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft mehr geben. Wie in anderen europäischen Nationen auch werden wir künftig mit der Formierung von mehr-Parteien-Regierungen konfrontiert werden, was den Übergang zu Minderheitskoalitionen und längeren Zeiträumen der Regierungsbildung einschließen kann. Eine weitere Konsequenz der Auflösung von integrativen bürgerlichen Parteien der Mitte ist die Stabilisierung von einer Partei der neuen Rechten.

Wohin die Grünen und die FDP neigen, ist offen und noch offener sind die Inhalte ihrer Konzeptionen und politischen Praxis, die zur Koalitionsbildung mit SPD oder CDU jeweils ausgelotet werden. Die von beiden möglichen künftigen Partnern tolerierten sogar

gewünschten Vorgespräche zwischen Grünen und FDP sind der Versuch, um mit mehr Sicherheit für Erfolg in die Regierungsgespräche zu gehen.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass von diesen Unsicherheiten in der politischen Ausrichtung, die bisherige Ausrichtung an der Westbindung, d.h. an der Einbindung in das Hegemonialsystem der durchaus geschwächten Weltmacht USA festgehalten wird, was auch eine Stärkung des Militärbündnisses NATO und deren Erweiterung einschließt. Die bekannten Feindbilder – Volksrepublik China und Russland - werden auch künftig die Aktionen im globalen Maßstab prägen. Zugleich wird jedwedes neue Regierungsbündnis in Deutschland sich auf eine Stärkung der Wirtschaftskraft und Ausbau der Konkurrenzposition von Deutschland in Europa und der Globalökonomie verpflichtet sehen.

Neben den politischen Veränderungen im europäischen und globalen Machtgefüge werden die Regierungsbündnisse in Deutschland auch künftig mit der Tilgung der umfangreichen Kredite infolge der Krisenbekämpfung der Pandemie und den Anforderungen zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur mit Blick auf die Beherrschung der Klimawandels beschäftigt sein. Es ist weiterhin eine Hauptaufgabe der parlamentarischen Linken die Eckpunkte des Sozialstaates im Blick zu behalten und der Erhöhung des Mindestlohns, der Aufstockung der Regelsätze und dem Ausbau der Alterssicherung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Ausgang der Bundestagswahl hat auch erneut unterstrichen, dass dem Ausbau der Kompetenz für die Ausgestaltung der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ostdeutschland ein zentrales Anliegen der Linkspartei bleiben sollte.

Der Ältestenrat unterstreicht, dass den Veränderungen in der gesellschaftlichen Ökonomie im Rahmen der unverzichtbaren Strategiedebatte der Linkspartei ein höherer Stellenwert zugeschrieben werden sollte.

2. Zu Recht wird bei den Einschätzungen zum Ausgang der Bundestagswahl vielfach betont, dass mit dem Ende des System Merkels die Veränderungen in Ökonomie, Gesellschaft und Politik sich brutal Bahn gebrochen haben. Die Große Koalition hat unter der Führung von Merkel, die größte kapitalistische Wirtschaftsmacht und die stärkste Militärkraft in der Europäischen Union geschaffen. Zugleich sind die Widersprüche zwischen Reichtum und Armut in der Gesellschaft enorm verschärft worden. Neben dem Kampf gegen den Klimawandel geht es vorrangig um die Durchsetzung der Gerechtigkeit. Neben dem drückenden Feld der Bekämpfung von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen hat mittlerweile die Wohnungsfrage ungeheure Sprengkraft erhalten. Auch nach über 30 Jahren müssen wir konstatieren, dass auf nahezu allen Feldern der sozialen Existenz die Benachteiligung in Ostdeutschland vielfach den Eindruck erzeugt, dass die BürgerInnen Ostdeutschland keineswegs über einen vergleichbaren Sozial- und Rechtsstandard der in Westdeutschland lebenden Menschen verfügen.

3. Die SPD ist gewiss kein strahlender Sieger, aber es ist der Sozialdemokratie mit ihrem Führungskräften Scholz, Schwesig und Giffey gelungen, eine größere Wählerschaft zu erreichen, als allgemein auch von uns erwartet wurde. Die Verantwortlichkeit dieser Partei für die Agenda 2010 und einen rigiden Umverteilungskurs konnte in der Hintergrund gedrängt werden und aus den Zweifeln gegen die erkennbaren Zumutungen von CDU und FDP konnte die SPD mit dem Versprechen des Ausbaus sozialer Gerechtigkeit viel neuen Boden gewinnen. Was vor der Wahl innerparteilich in der SPD noch sehr strittig war, konnte überwunden und dann erfolgreich eingesetzt werden. Trotz aller Zeichen von Olaf Scholz für eine spürbare Distanz zur LINKEN und mit Aussagen in Richtung Grün und Gelb, drang bis in die Öffentlichkeit durch, dass die LINKE schon Sondierungen für ihre Regierungsteilnahme vornimmt. Weder Grüne noch die FDP hatten solche Aussagen in ihrem Wahlkampf. Wie die Wahlen und die Wählerwanderungen zeigten, es wird das Original der Ansage und nicht die Ansagerin gewählt.

4. An erster Stelle in unserer Bewertung des Wahlausgangs sollten die Veränderungen in der bundesdeutschen Gesellschaft stehen. In der Folge der Entfesselung der produktiven Kräfte sind wir sowohl mit bedrohlichen Umwälzungen im Verhältnis zur Natur und zur Verschärfung der sozialen Spaltungen konfrontiert. Auf diese Herausforderungen wollen wir in einer emanzipativen Strategie einen Beitrag zur Stärkung des Widerstandspotentials leisten. Nach einer gründlichen Analyse unserer Defizite und nach einer umfassenden parteiinternen Diskussion, die über die Vorstandsgremien hinausgeht, können wir trotz der schmerzenden Niederlage unseren Beitrag leisten und zeigen wie wir linke Politik entfalten und wirksam machen wollen und vor allem, wie wir sie weiter entfalten können. Sprechen wir von den Ursachen der Wahlniederlage müssen wir uns wohl eingestehen, dass wir einen Wahlkampf mit engstem Blick auf uns und nicht mit dem ständigen Blick auf die wechselvollen Ereignisse, die Politik der politischen Parteien und der Stimmungsentwicklung in unserer Gesellschaft gerichtet haben. Der Bundesausschuss und der Ältestenrat haben seit längerem und wiederholt eine konstruktive Debatte mit klaren Entscheidungen zur Strategie und zur Parteientwicklung angemahnt. Es gab nie eine Zurückweisung der Vorschläge aber es gab auch kein konstruktiv-kritisches Handeln. Neue Schwüre und Versprechen werden den seit längerer Zeit gewachsenen Vertrauensverlust zur Führung und zu Führungskräften in der Partei nicht aufheben.

5. Im Deutschen Bundestag wird es künftig drei Oppositionsparteien geben – AfD und DIE LINKE sind schon gesetzt, ob CDU oder SPD sind noch offen. Wir haben also nicht vier Jahre um uns zu Finden und zu Erneuern. Spätestens Anfang 2022 wird eine politische Zeitenwende im Deutschen Bundestag noch deutlicher werden. Mit einem "Weiter so" in der Politik nur etwas kleiner an der Zahl werden wir im Verlierermodus verharren, wie uns das Wahlergebnis mit starken Nachwirkungen bewusst machen sollte.

Eine große Herausforderung, die bis in die Wurzeln der Politik unserer Partei reicht, ist der Verlust, nicht mehr die Ostdeutsche Volkspartei zu sein. Die Bedeutung der Partei DIE LINKE hat auch in Westdeutschland an Anziehungskraft verloren. Es gilt, das Parteileben in der gesamten Partei genauer zu betrachten und zu prüfen, wie sich im Rahmen der föderalen Struktur des Bundes die Länderorganisationen darstellen und entwickeln. Das hintergründige Streben, Thüringen zum Bundesmodell zu machen, gehört doch zu den Fehlern, die wir überwinden sollten.

Die Basisarbeit in der Partei ist allgemein nicht auf der Höhe der Anforderungen, aber ohne die Kreisorganisationen in der Fläche unter Beachtung ihrer regionalen Bedingungen wird es kein Wachstum und nicht die nötige politische Kraft geben, die gerade jetzt die Linke so nötig braucht.

Als Mitglied der deutschen LINKEN ist jedes Mitglied auch als Doppelmitglied in der Europäischen Linken. Die Enttäuschung über unsere Wahlniederlage hat ihre Wirkung auch in der ELP. Es wäre zu prüfen, wie solidarisch nicht nur die Gefühle sind, die uns verbinden, sondern auch zu betrachten, mit welchen Kräften wir politisch und materiell die Europäische Partei weiter stärken und in der Fraktion im Europaparlament wirken. Wir wollen es auch offen aussprechen, wir bestimmen nicht die Zeit des Handelns, die Zeit bestimmt, fordert, dass wir handeln. Die Höhe, die Tiefe und die Breite und vor allem die Qualität mit der es geschieht, wird über den Platz und den Erhalt der Partei DIE LINKE entscheiden.

#### **4. Fabio de Masi**

##### **Aus seiner Erklärung, warum er nicht nochmal für den Bundestag kandidiert**

Ich bin in den letzten Wochen von vielen Personen in meinem Landesverband, die mich bei der letzten Listenaufstellung nicht unterstützt haben, aufgefordert worden, erneut zu kandidieren. Auch aus anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag haben mir Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt, dass sie meinen Rückzug bedauern. Das weiß ich sehr zu schätzen. Besonders dankbar bin ich für die Erfahrung zuletzt insbesondere mit der FDP und den Grünen im Wirecard-Untersuchungsausschuss vertrauensvoll zusammen zu arbeiten.

Ich habe mich jedoch aus persönlichen Gründen gegen eine erneute Kandidatur entschieden. Ich habe in den letzten sieben Jahren immer an der maximalen Belastungsgrenze gearbeitet. Insbesondere mein Sohn musste daher zu häufig zurückstehen. Dies hatte auch damit zu tun, dass es lange Zeit zu wenig Personal in unserer

Partei und unserer Fraktion gab, das bereit war, sich für die ökonomischen Debatten unserer Zeit zu interessieren.

Ich habe versucht, dies durch mein Engagement auszugleichen. Denn es ist gerade im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik ungleich schwerer, als linke Oppositionspartei - ohne kurzfristige Machtperspektive - ernst genommen zu werden. Ich denke, ich konnte den Beweis erbringen, dass es die LINKE auch selbst in der Hand hat, ob sie bei ökonomischen Debatten, die nun angesichts der Corona Krise das ganze Land bewegen, eine Rolle spielt.

Ein Mandat ist kein Selbstzweck. Auch die beste Finanzpolitik bringt uns nicht weiter, wenn ich zwar Respekt für meine Arbeit bekomme, aber die Partei aufgrund strategischer Fehler und Erscheinungsbild schwächelt - obwohl viele unsere Forderungen in der Bevölkerung äußert populär sind. (...)

Ich war immer der Überzeugung, dass meine Partei auch einen Wettbewerb um die besten Köpfe braucht, die uns vertreten. Wir haben viele Talente und engagierte Mitglieder, die ihre Lebenszeit selbstlos in politisches Engagement investieren. Zu häufig ist aber der Maßstab für ein Bundestagsmandat nicht, wer über das eigene Milieu hinaus Menschen erreicht. (...)

Ich konnte in den sieben Jahren Akzente setzen - in der Eurokrise und der Geldpolitik, beim Thema Lobbyismus, bei Steueroasen und den Luxemburg-Leaks, beim Thema Geldwäsche, insbesondere dem Chaos bei der deutschen Financial Intelligence Unit, und den Panama Papers, bei der Debatte um den digitalen Euro und die drohende Finanzmacht von Digitalkonzernen wie Facebook, der digitalen öffentlichen Infrastruktur und der Besteuerung von Digitalkonzernen, bei der Debatte um den Investitionsstau und die Schuldenbremse, beim Cum-Ex-Steuerraub und dem Warburg-Skandal, bei der Besteuerung der Vermögen von Milliardären (Vermögensabgabe), der Aufklärung des Wirecard-Skandals und der Reform der Finanzaufsicht. Ich habe dabei versucht, durch harte Arbeit und Transparenz (wie die Veröffentlichung meiner Steuerbescheide) zu zeigen, dass es echte Überzeugungstäter in der Politik gibt.

Ich habe den politischen Meinungsstreit - gerade mit Konservativen und Liberalen - immer als eine Bereicherung empfunden. Denn Widerspruch schult die eigenen Argumente. Wir müssen lernen, respektvoll miteinander zu streiten - so wie in jedem Dorf, in jeder Familie, in jedem Sportverein und in jedem Freundeskreis.

Es gibt in verschiedenen politischen Spektren und vor allem in den sozialen Medien die Tendenz, Politik nur noch über Moral und Haltungen zu debattieren. Ich halte dies für einen

Rückschritt. Werte und Moral sind das Fundament politischer Überzeugungen. Wer jedoch meint, dass alleine die „richtige Haltung“ über "richtig oder falsch" entscheidet, versucht in Wahrheit den Streit mit rationalen Argumenten zu verhindern.

Eine solche Debattenkultur hat nichts mit Aufklärung zu tun, sondern ist Ausdruck eines elitären Wahrheitsanspruchs, wie ihn die Kirche im Mittelalter bediente. Vor allem verstärkt dies aber Spaltungen in der Gesellschaft, wovon rechte Demagogen weltweit profitieren. Dies hilft Kräften wie der AfD, sich als Anwältin der kleinen Leute aufzuspielen, obwohl ihnen die Schweizer Franken zu den Ohren heraus kommen.

Die Kunst der Politik besteht darin, auch an die Lebensrealität und die Sprache jener Menschen anzuknüpfen, die um die Kontrolle über ihr Leben fürchten. Die politische Linke darf das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit - in einem umfassenden Sinne - nicht vernachlässigen. Dabei sollte man weder Ressentiments schüren noch so sprechen, dass normale Menschen einen Duden brauchen. Aber auch „Maulheldentum“, ersetzt keine praktischen Antworten auf konkrete Probleme. Es werden die Parteien gewählt, denen man zutraut, Existenzen in der Corona-Krise zu sichern, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu verhindern, dass Kinder aus ärmeren Stadtteilen ihr Recht auf Bildung einbüßen!

Parteien in der Tradition der Arbeiterbewegung waren immer lebensnah. Sie kannten die Lebenswirklichkeit der Menschen, die von ihrer Hände Arbeit lebten. Sie haben Grundwerte wie Solidarität durch Verankerung in der Lebenswelt der Beschäftigten verteidigt. Die Debatten der Meinungsführer in den akademischen Milieus, die Codes der digitalen Empörung und Hashtags, die häufig nur wenige Stunden überdauern und nichts kosten, sind dafür kein Ersatz.

Das Leben ist voller Widersprüche: Wir müssen mehr Kapitalismuskritik und weniger erhobenen Zeigefinger wagen. Ein Akademiker mit hohem ökologischen Bewusstsein und hohem Einkommen, der öfters eine Fernreise unternimmt, verfügt über einen höheren ökologischen Fußabdruck als eine „Umweltsau“, die sich keinen Urlaub leisten kann. Wer sich die Miete in den Innenstädten nicht mehr leisten kann, muss häufiger mit dem Auto zur Arbeit pendeln, wenn zu wenige Busse und Bahnen auf dem Land fahren.

Die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer ist eine Schande. Aber die Zerstörung der Lebensgrundlagen von Millionen Menschen durch Krieg, unfaire Handelspolitik und Klimawandel wird auch nicht durch die Abschaffung von Grenzen beendet. Es braucht immer beides: Perspektiven in Herkunftsländern und starke Kommunen, die Geflüchteten Zukunft jenseits von Massenunterkünften im Industriegebiet bieten können.

Die Kassiererin bei Lidl oder der Wanderarbeiter in Indien, die in überfüllten Verkehrsmitteln zur Arbeit müssen, aber keinen Impfstoff erhalten, weil der Staat keine zusätzlichen Produktionskapazitäten anreizt und nicht in die Patente der Pharmakonzerne eingreift, unterliegen anderen Risiken für ihre Gesundheit als ein IT-Berater im Home-Office.

Millionen Frauen im Niedriglohnsektor brauchen Schutz vor Ausbeutung und müssen sich täglich gegen Respektlosigkeiten und Übergriffe von Männern wehren. Auch viele dieser Frauen sind selbstbewusst, aber nicht immer geübt in geschlechtsneutraler Sprache.

Bernie Sanders ist ein alter weißer Mann. Aber er hat sich ein Leben lang für anständige Löhne und eine Krankenversicherung für Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern in McJobs engagiert, die überwiegend von Latinos und Afroamerikanern verrichtet werden.

Identität ist wichtig im Leben. Sie darf aber nicht dazu führen, dass nur noch Unterschiede statt Gemeinsamkeiten zwischen Menschen betont werden und sich nur noch „woke“ Akademiker in Innenstädten angesprochen fühlen. Eine Politik, die nur noch an das Ego und die individuelle Betroffenheit, aber nicht mehr an die Gemeinschaft appelliert, ist auch Donald Trump nicht fremd.

Viele Menschen teilen unsere Werte. Aber wir gewinnen nichts, wenn wir weltfremd wirken oder Stress in der Gesellschaft tabuisieren, weil wir Angst haben, auf konkrete Probleme auch konkrete Antworten liefern zu müssen. Dies schließt übrigens „linken Populismus“ überhaupt nicht aus. Wir müssen populärer werden - aber mit Hand und Fuß und den richtigen Schwerpunkten.

Die Corona-Krise ist eine enorme Chance für die politische Linke, auf Angriff zu spielen und Staats- und Marktversagen im Gesundheitssystem sowie bei der kritischen Infrastruktur zu thematisieren. Die wachsende Ungleichheit, die Macht der neuen Daten- und Techkonzerne, die mächtiger sind als die größten Banken und Öl Tycoons, die extremen Anpassungskosten und wiederkehrenden Schocks durch den Klimawandel, die Aufrüstung, der Krieg und der Terror in den internationalen Beziehungen - all dies macht linke Antworten nötiger denn je. Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez haben in den USA vorgemacht, wie man dies populär und erfolgreich macht.

Ich wünsche der Linken, dass sie sich ein Stück neu erfindet und linke Politik wieder stärker mit dem Einsatz für die Interessen der sogenannten „einfachen Leute“ in Verbindung gebracht wird. Ich wünsche meiner Partei Demut gegenüber den Wählerinnen und Wählern, die wir verloren haben. Ich wünsche unseren Abgeordneten die Fähigkeit, sich auch selbst kritisch zu hinterfragen, welchen Beitrag zur Stärkung linker Politik man in der

Öffentlichkeit noch leistet. Denn unser Job ist ein Privileg, das man sich jeden Tag auf Neue verdienen muss.

Ich bleibe aus tiefsten Herzen und voller Überzeugung Linker. Ich werde mich weiterhin politisch engagieren. Dies gilt auch für den Wahlkampf der Linken in Hamburg. Ich möchte auch nicht ausschließen, dass ich eines Tages wieder für ein politisches Amt kandidiere, wenn meine Partei dies wünscht und ich neue Kraft tanken konnte!  
(...)

## Gegenmacht

### Kämpfe um Gegenmacht



### Unsere Wurzeln, Siege und Niederlagen

#### Bauernkrieg

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

Karl Marx, Kommunistisches Manifest

Sklavenhaltergesellschaft, Monarchie, bürgerliche Gesellschaft sind Klassengesellschaften. Die Mehrheit der Menschen erarbeitet den Reichtum der Gesellschaft. Eine kleine Minderheit eignet ihn sich an. Die unterschiedlichen Interessen der gesellschaftlichen Gruppen führen zu stetigen Auseinandersetzungen, die bald versteckt, bald offen ausgetragen werden. Diese Kämpfe enden mit der Umgestaltung der Gesellschaft oder führen zum Untergang der kämpfenden Klassen.



## Bürgerliche Revolution

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“

In der französischen Revolution setzte sich der Gedanke der Freiheit und Gleichheit durch. Das waren die Losungen des Bürgertums gegenüber dem Adel. Handel und Produktion konnten sich nicht entwickeln, solange die Geburt über Macht und Reichtum entschied. Das Bürgertum – die Bourgeoisie – brauchte für seine kapitalistische Produktion Zollfreiheit, Handelsfreiheit, eine Republik mit verlässlichen Gesetzen. Bürger, die etwas leisten und zu Reichtum kommen, nehmen für sich gleiche Rechte in der Gesellschaft in Anspruch.

Die Brüderlichkeit ist die zusätzliche Losung des Volkes, das an der Seite der Bourgeoisie kämpfte. Die Mehrheit teilte den Wunsch nach Freiheit von Fron und Leibeigenschaft und der Entmachtung des Adels.



## 1917 - Oktoberrevolution in Russland

Der erste Weltkrieg hatte Russland ausgeblutet. Die Menschen suchten einen Ausweg aus Despotismus und Hunger. 1917 hatten sich revolutionäre Kräfte soweit organisiert, dass die Arbeiterklasse zum ersten Mal in der Geschichte eine gesellschaftliche Umwälzung erreicht hat.

Lenin in einer Rede:  
„Genossen, Arbeiter!  
Denkt daran, dass ihr selbst nun an der Spitze des Staates steht. Niemand wird euch helfen, wenn ihr selbst euch nicht vereinigt und alle Staatsangelegenheiten in eure Hände nehmt. (...) Sammelt euch in euren Sowjets! Stärkt sie! Beginnt selbst mit eurer Arbeit, beginnt von unten, wartet auf niemanden!“



## Novemberrevolution in Deutschland, 1918

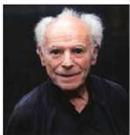
„Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital.“

Karl Liebknecht

Als der Befehl für eine aussichtslose Seeschlacht zum Ende des Ersten Weltkrieges am 24. Oktober erging, meuterten in Kiel und dann in weiteren Hafenstädten die Matrosen. Die Meuterei wurde von aufständischen Arbeiter- und Soldatenräten begleitet, die besonders in den Industriestädten stark waren. Der Kaiser musste abdanken und floh nach Holland. Die Republik wurde am 9. November ausgerufen. Die SPD-Führung sah sich am Ziel. An der Regierung, paktierte sie mit den alten Eliten. Linke gründeten die USPD und sammelten revolutionäre Kräfte um sich. Die junge Republik geriet wieder in Gefahr und wurde durch einen Generalstreik gerettet. Doch dann setzte die SPD-Regierung die Reichwehr ein und ließ die revolutionären Räte blutig niederschlagen.



## Widerstand gegen den Faschismus



Peter Gingold:

„1933 wäre verhindert worden, wenn alle Gegner der Nazis ihren Streit untereinander zurückgestellt und gemeinsam gehandelt hätten. Dass dieses gemeinsame Handeln nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner in der Generation meiner Eltern nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist. Heute haben wir diese Erfahrung, heute muss jeder wissen was Faschismus bedeutet. Für alle zukünftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern.“



archiv. Bild 183-2005-0901-517  
lichlich, Kurt | 1945 Sommer

## Gegen die Remilitarisierung

Zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde in der Bundesrepublik wieder eine Armee aufgebaut. In der neu gegründeten Bundeswehr dienten viele Veteranen der ehemaligen Wehrmacht. Hohe Offiziere wurden wieder in Dienst gestellt, man besann sich auf die Wehrmachtstraditionen. Der Beginn des Kalten Kriegs und der Korea-Krieg im Sommer 1950 wurden zur Begründung für eine eigene „Verteidigungsarmee“ angeführt. 1956 wurde die allgemeine Wehrpflicht beschlossen. Im April 1957 wurden die ersten Wehrpflichtigen einberufen. 1965 standen 500.000 Soldaten im Sold der Bundeswehr.

Gegen die Wiederbewaffnung regte sich breiter Protest in der Bevölkerung. Aktivster Motor der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung war die KPD. Ihre Kampagnen kamen gut an – der Krieg war noch nicht vergessen. Auch Kirchen und Gewerkschaften bekämpften die Remilitarisierung. Adenauer organisierte eine massive Gegenpolitik und diffamierte die Kampagne als "Spielart der kommunistischen West-Infiltration". Die KPD war aggressivem Antikommunismus ausgesetzt.

Am 17. August 1956 wurde die KPD verboten.



## Gegen die Notstandsgesetze

Viele Menschen protestierten erbittert gegen diese Aushöhlung des Grundgesetzes. Die größte Demo fand am 11. Mai 1968 in Bonn statt. Über 40.000 Menschen waren zu einem Sternmarsch aufgebrochen. Aufgerufen hatte das Kuratorium "Notstand der Demokratie" – ein Zusammenschluss aus Vertreterinnen und Vertretern der Studierenden, der Wissenschaft, Kultur, Gewerkschaften und Kirchen. Der Protest gegen die Notstandsgesetze wurde im Frühjahr 1968 zum einigenden Band zwischen Studentenbewegung und Gewerkschaften und war Teil der Außerparlamentarischen Opposition (APO). Knapp drei Wochen nach dem Sternmarsch in Bonn, am 30. Mai, fand die namentliche Abstimmung über die Notstandsgesetze im Bundestag statt.

Zuvor waren mehrere Versuche gescheitert. Erst als 1968 eine Große Koalition aus Union und SPD regierte, wurden die Gesetze durchgesetzt. Die Notstandsgesetze gelten bis heute.



## Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren

Der freche Reim wurde zur Losung der 68-er Studentenbewegung. In Anspielung auf den Faschismus protestierten Studierende gegen das starre System der „Ordinarien-universität“, für Mitsprache, gegen volle Hörsäle und für eine bessere Finanzierung von Lehre und Forschung. Die ASTA-Vorsitzenden der Hamburger Universität setzten sich vor einen feierlichen Professorenzug.

Die Bewegung der Studierenden blieb nicht auf die Universitäten beschränkt. Ihre Analyse der kapitalistischen Gesellschaft führte zu breitem gesellschaftlichen Engagement. Sie protestierten gegen starre Strukturen, die rigide Sexualmoral und die Nicht-Aufarbeitung des Faschismus. Sie bekämpften den Vietnamkrieg und unterstützten die Befreiungsbewegungen in den kolonisierten Ländern.

Die bürgerlichen Medien entfachten eine beispiellose Hasskampagne gegen die Protestierenden. Die reagierten mit Boykottaktionen gegen die Bildzeitung und den Springer-Verlag. Die Rolle der Medien im Kapitalismus wurde gründlich analysiert.



## Protest gegen den Vietnamkrieg

Die Anti-Vietnambewegung organisierte einen mächtigen und internationalen Widerstand gegen militärischen Imperialismus. Die imperialistische Politik der Regierungen wurde analysiert und heftig angegriffen. Lügen wurden offengelegt. Wehrpflicht und Einberufung wurde Widerstand entgegengesetzt. Gewaltfreie Antikriegsdemonstrationen fanden in großer Zahl statt. Vor Unternehmen, die Waffen herstellen, wurden Mahnwachen abgehalten. Man bemühte sich, alle Personen und sozialen Bewegungen, die nicht vom Krieg profitieren, in die Antikriegsbewegung mit einzubeziehen.

Der Widerstand gegen den Vietnamkrieg wurde immer breiter und fand in vielen Ländern statt. In den USA verhinderte die Friedensbewegung den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam.

Konsequenter gewaltfreier Widerstand gegen Krieg ist nicht leicht zu organisieren. Die Bewegung war Repressionen und starkem Druck ausgesetzt.



## Ostermärsche

Die Ostermärsche begannen in den 50-er Jahren. In Hessen organisierte die Naturfreundejugend erste Protestmärsche. 1960 sollten in der Nähe des KZ Bergen-Belsen „Honest John Atomraketen“ erprobt werden. 1200 Friedensaktivist:innen aus ganz Norddeutschland kamen zu einem Protestmarsch. Danach beschloss ein breites Bündnis die Friedensmärsche als Aktionsform an Ostern. Die Bewegung engagierte sich auch gegen die Notstandsgesetze, denn sie ermöglichen militärisches Eingreifen im „Krisenfall“. Von 1970 bis 1979 fanden keine Ostermärsche statt. Sie wurden 1979 wiederbelebt um gegen die Neutronenbombe und den NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung von Kurz- und Mittelstrecken-Atomwaffen zu protestieren. 1983 nahmen etwa 700.000 Menschen an den Ostermärschen teil.



## Weg mit den Berufsverboten!

Im Jahr 1969 versprach Bundeskanzler Willy Brandt: „Mehr Demokratie wagen“. Im Widerspruch dazu verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz von Willy Brandt am 28. Januar 1972 den „Extremistenbeschluss“ oder sogenannten Radikalenerlass. In den folgenden Jahren wurden ca. 3,5 Millionen Bewerber:innen für Berufe im öffentlichen Dienst regelhaft vom Verfassungsschutz überprüft. Bundesweit gab es etwa 11.000 Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.256 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Betroffen waren Kommunist:innen, andere Linke bis hin zu SPD-nahen Studierendenverbänden, Mitglieder der VVN und Gewerkschaften. In Bayern traf es auch Sozialdemokrat:innen und Friedensaktivist:innen. Das schüchterte viele ein. Der Widerstand war breit und vielfältig. Kulturschaffende, Künstler, Journalisten, Kirchenvertreter:innen unterstützten die Betroffenen. Im Ausland bildeten sich Komitees gegen „Berufsverbote“.



Rund 25.000 Menschen demonstrieren am 31. März 1976 in Bonn gegen den „Radikalenerlass“ und die Berufsverbotspraxis.

## Internationale Solidarität gegen Apartheid

Die Forderung "Free Nelson Mandela!" wurde zum Slogan einer weltweiten Bewegung gegen Apartheid in Südafrika. Mandela und weitere Mitglieder der Organisation African National Congress wurden als politische Gefangene im Hochsicherheitsgefängnis auf der Insel Robben Island festgehalten. Der ANC bekämpfte die Kolonialmacht der Buren politisch und militärisch. Für die Selbstbestimmung der schwarzen Bevölkerung engagierten sich weltweit Persönlichkeiten, Künstler:innen und politische Bewegungen. Die blutige Niederschlagung des Aufstands von Soweto von 1976, bei dem auf mehrere tausend friedlich demonstrierende Schüler:innen geschossen wurde und der gewaltsame Tod von Steve Biko im Jahr darauf hatten die Weltöffentlichkeit aufmerksam gemacht. Spätestens ab 1984 wuchs durch Massenproteste auch der innenpolitische Druck auf die Regierung. Nelson Mandela kam am 11. Februar 1990 nach 27 Jahren Haft frei. Er wurde der erste schwarze Präsident Südafrikas.



## CIA putscht in Chile

Am 24. Oktober 1970 wurde der Sozialist Salvador Allende mit Unterstützung des Linksbündnisses Unidad Popular (UP) zu Präsidenten von Chile gewählt. Allende setzte die Sozialreformen seines Vorgängers fort und verstärkte sie durch ökonomische Reformen - etwa die vollständige und entschädigungslose Verstaatlichung der großen Kupferbergwerke, die teilweise Verstaatlichung von großen Banken und Industriebetrieben sowie eine umfassende Agrarreform. Am 11. September 1973 putschte das Militär in Chile. Salvador Allende nahm sich das Leben, nachdem die Luftwaffe begonnen hatte, den Präsidentenpalast zu bombardieren und Putsch-Militär in den Palast eingedrungen war. Eine Junta unter der Führung von Augusto Pinochet regierte Chile daraufhin bis zum 11. März 1990 als Militärdiktatur. Der Putsch wurde von den USA politisch und finanziell unterstützt, vor allem durch verdeckte Operationen der CIA. Weltweit fanden Aktionen zur Unterstützung der politischen Gefangenen statt.





## Freiheit für Angela Davis



Eine große Solidaritätsbewegung der 70er Jahre in Deutschland galt Angela Davis. Sie war die berühmteste Gefängnisinsassin der USA: Die Kommunistin und Black-Panther-Aktivistin wurde von FBI und Justiz des Mordes beschuldigt – trotz fehlender Beweise. Nach weltweiten Protesten kam sie frei und wurde zur Ikone der Bürgerrechtsbewegung. Heute ist sie Mitglied von Occupy. Davis ist Professorin für Philosophie, Geschichte und Feminist Studies. Und sie ist Sprecherin der Kampagne gegen die Todesstrafe.

## Kahlschlag bei der Industrie

„Deutschland ist eine Dienstleistungsgesellschaft“, heißt es. Doch irgendwo müssen die Maschinen, Fahrzeuge und Verbrauchsgüter hergestellt werden. Sie werden in Billiglohnländern produziert. Und zusätzlich drücken die reichen Länder mit Handelsabkommen die Preise nach unten. Gegen Betriebsschließungen protestieren Belegschaften und manchmal ganze Regionen. Der Wohlstand einer Region hängt an guten Löhnen. Spätestens in den 80er Jahren wird in Deutschland keine Strukturpolitik mehr gemacht. Den großen internationalen Konzernen ist es egal, ob eine Region verödet oder nicht. Besonders im Ruhrgebiet fanden große Kämpfe gegen den Industrieabbau statt. Es waren Abwehrkämpfe. Tarifbindungen gingen verloren und die Menschen müssen in schlecht bezahlten Jobs arbeiten.



## Streiks und betriebliche Kämpfe

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in Deutschland wieder zu politischen Streiks. Der Generalstreik vom November 1948 in der britischen und US-amerikanischen Zone für eine Demokratisierung der Wirtschaft mobilisierte mehr als 9 Millionen Arbeiter. Seine Wirkung verpuffte jedoch, da es noch keine zentrale Regierung gab, an die Forderungen gestellt werden konnten. Erst seit den Streiks der Zeitungsbetriebe 1952, bei denen Beschäftigte für mehr Rechte im Betriebsverfassungsgesetz kämpften, gilt in Deutschland der politische Streik als verboten. Wie weitgehend dieses Verbot ist, bleibt allerdings umstritten: Im Grundgesetz ist das Streikrecht keineswegs eingeschränkt.



## Frauenstreiks

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre machen Frauen mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen aus, über 70 Prozent sind in schlecht bezahlten Stellen beschäftigt – in so genannten Leichtlohngruppen. Mit der 68er Bewegung verstärken sich auch die Frauenproteste. Es geht um das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn. Die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen wird gefordert. 1971 erfährt dieser Kampf einen vorläufigen Höhepunkt mit der Stern-Aktion „Wir haben abgetrieben“. An dieser Selbstbeziehungskampagne beteiligen sich 374 Frauen. Mehr als 3.000 Unterschriften werden vom Sozialistischen Frauenbund Berlin, den Roten Frauen aus München und der Frauenaktion 70 aus Frankfurt gesammelt.



## Wohnen ist ein Grundrecht

Nach dem Krieg waren in Westdeutschland und West-Berlin 2,34 Millionen Wohnungen zerstört, was ca. 22 % des Wohnungsbestandes des Jahres 1939 ausmachte. Der Bedarf an neuem Wohnraum wurde auf 5 Millionen, ab Anfang der fünfziger Jahre auf 6,5 Millionen Wohnungen geschätzt. Der Bedarf wurde durch den Zustrom von Millionen Heimatvertriebenen verschärft.

Die Wohnungsnot veranlasste die politisch Verantwortlichen gleich nach Kriegsende und noch vor der Gründung der Bundesrepublik zu einer aktiven Wohnungspolitik. In den einzelnen Bundesländern wurden Wohnungsbauprogramme aufgelegt. Es gründeten sich Genossenschaften. Nicht nur große Staatsbetriebe bauten Arbeiterwohnungen – auch Konzerne stellten ihren Arbeiterfamilien Wohnraum zur Verfügung.

Es wurde „zeitgemäß“ gebaut: Wohnungsgrundrisse, Gebäude und Konstruktionen wurden ebenso vereinfacht, wie die Planungsabläufe. Das beschleunigte die Bauzeit und verringerte die Kosten. 1950 realisierten die Gewerkschaften mit dem Sonderbauprogramm „Flüchtlinge“ den Bau von 10.000 Flüchtlingswohnungen. Mit eigenen Betrieben engagierten sich Gewerkschaften im Wohnungsbau.

Seit 1980 wurde der soziale Wohnungsbau von der Politik mit Gesetzen behindert und der Privatwirtschaft überlassen.

Von 2004 bis heute hat sich der Bestand an Sozialwohnung mehr als halbiert. Insgesamt werden mehr Wohnungen gebaut – aber keine Mietwohnungen. Der Protest wächst. Im September haben 56,4 Prozent der wahlberechtigten Berliner für die Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen gestimmt, die mehr als 3000 Wohnungen besitzen.



## 35 Stunden sind genug

In den 70er Jahren begann die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Durch die Wirtschaftskrise 1974/1975 verloren zum ersten Mal nach dem Krieg tausende Arbeiter:innen ihren Job. Die Arbeitsintensität wurde verdichtet. Auch Automatisierungen kosteten Arbeitsplätze. Mit einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit wollten die Gewerkschaften mehr Leute in Arbeit und Lohn bringen. Die 1984 geführten Arbeitskämpfe zur Einführung der 35-Stunden-Woche in der Metall- und Druckindustrie gehörten zu den längsten und härtesten in der bundesdeutschen Tarifgeschichte. Im Tausch gegen den Einstieg in verkürzte Wochenarbeitszeiten haben die Gewerkschaften den Unternehmern größere Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung zugestanden. Der Kampf um die 35-Stundenwoche war der letzte Offensivkampf in der Industrie.



## Kahlschlag bei der Industrie

„Deutschland ist eine Dienstleistungsgesellschaft“, heißt es. Doch irgendwo müssen die Maschinen, Fahrzeuge und Verbrauchsgüter hergestellt werden. Sie werden in Billiglohnländern produziert. Und zusätzlich drücken die reichen Länder mit Handelsabkommen die Preise nach unten.

Gegen Betriebschließungen protestieren Belegschaften und manchmal ganze Regionen. Der Wohlstand einer Region hängt an guten Löhnen.

Spätestens in den 80er Jahren wird in Deutschland keine Strukturpolitik mehr gemacht. Den großen internationalen Konzernen ist es egal, ob eine Region verödet oder nicht.

Besonders im Ruhrgebiet fanden große Kämpfe gegen den Industrieabbau statt. Es waren Abwehrkämpfe. Tarifbindungen gingen verloren und die Menschen müssen in schlecht bezahlten Jobs arbeiten.



## Atomkraft? Nein danke!

Nachkriegsdeutschland war regelrecht im Atomfieber. Für das Wirtschaftswachstum wurde Energie gebraucht. Bereits 1961 ging das erste Versuchskernkraftwerk im unterfränkischen Großweilheim ans Netz. Der erste große Widerstand gegen Atomkraftwerke entstand im badischen Wyl. Trotz des Widerstands starteten am 17. Februar 1975 die Bauvorbereitungen auf dem Gelände. Ein erbitterter Kampf der Bevölkerung begann, der von zehntausenden Aktivisten aus ganz Deutschland, der Schweiz und Frankreich unterstützt wurde. Das Baugelände wurde für neun Monate besetzt. Die Staatsmacht reagierte mit Gewalt. Zwar wurde ein Baustopp erreicht aber es sollte bis 1994 dauern, bis das endgültige Aus feststand.

Die bekanntesten Anti-Atomkämpfe fanden in Wackersdorf, Brokdorf, um das Endlager Gorleben und den schnellen Brüter Kalkar statt.



## Startbahn 18 West

Die Startbahn 18 West wurde 1984 in Betrieb genommen. Harte Kämpfe gegen die Rodung des Bannwalds und weitere Lärmbelastungen in den Anliegergemeinden wurden geführt. Die Hessische Landesregierung stand auf der Seite der Flughafen-Gesellschaft FAG. Die Auseinandersetzung um die Startbahn West wurde zu einem zentralen Konflikt der Umweltschutzbewegung in Deutschland. Der Baubeginn verzögerte sich um 10 Jahre. Die Menschen der Region errichteten ein Hüttendorf und unterstützten den Kampf mit Blockaden und Demonstrationen, an denen sich im Herbst 1981 bis zu 120.000 Menschen beteiligten. 220.000 Unterschriften wurden für ein Volksbegehren gesammelt. Der Protest endete erst 1987, nach dem Tod eines Polizeibeamten während einer Demo.



## Was hat das alles gebracht?

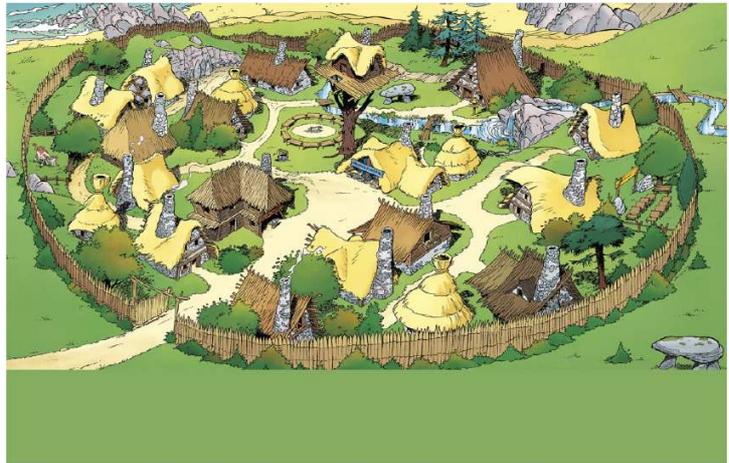
*„Das Erste, was die Anhänger der Antikriegsbewegung lernen sollten, ist, wie effektiv die Bewegung war. Die gängige Meinung ist, die Antikriegsbewegung sei gescheitert. Das ist nicht richtig. Wir Mitglieder der Antikriegsbewegung haben vor kurzem aus hochrangigen deutschen Quellen erfahren, dass die Bush-Regierung den Einsatz von Atomwaffen in Afghanistan plante. Aber das konnte sie nicht tun, weil die US-Bevölkerung das nicht toleriert hätte. Ich glaube also nicht, dass die Antikriegsbewegung ineffektiv war. Ich denke, sie war sehr effektiv. Sie ist ein echter Faktor, der zu dem sehr begrenzten Rückgang von Gewalt, Terror und Zerstörung geführt hat, den wir sehen. Die Lehre daraus ist: Wir müssen hartnäckig bleiben!“*

Noam Chomsky



## Beispiel Graz:

Wir befinden uns im Jahre  
2021 n.Chr.  
Ganz Europa ist fest im Griff  
des Neoliberalismus...  
Ganz Europa?  
Nein!  
Eine von unbeugsamen  
Kommunisten bevölkerte Stadt  
hört nicht auf, der neoliberalen  
Übermacht Widerstand  
entgegenzusetzen...



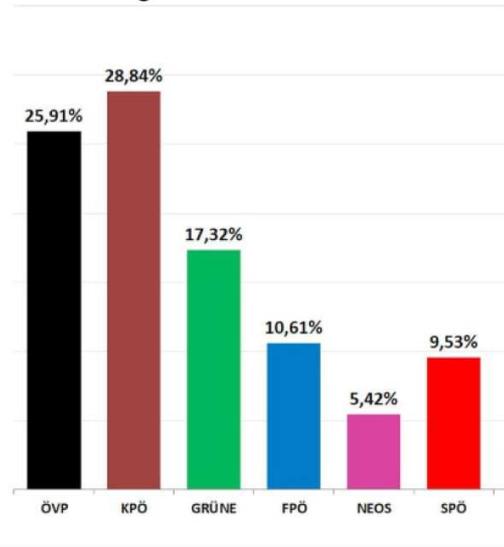
## Was können wir von Graz lernen?

1

Am 26. September 2021 war  
Gemeinderatswahl in Graz.  
Die KPÖ wurde stärkste Partei.

2021: 28,8 %  
2017: 20,3 %  
2012: 19,9 %  
2008: 11,2 %  
2003: 20,8 %  
1998: 7,9 %  
1993: 4,2 %  
1988: 3,1 %  
1983: 1,8 %

Wahlergebnis 2021



2



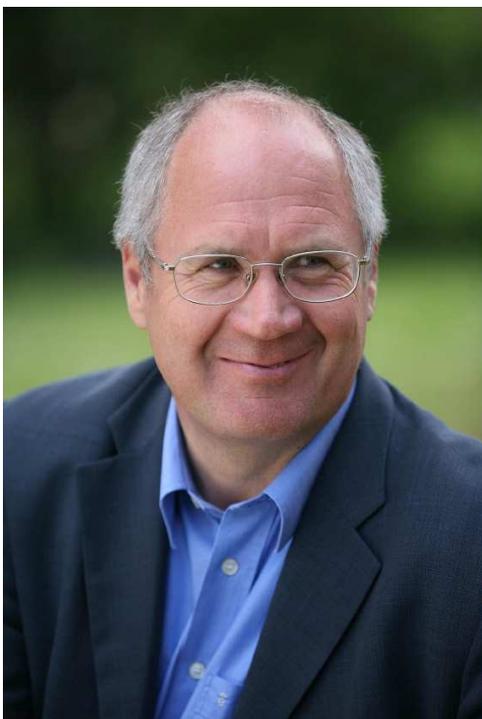
“  
**Meine Wunsch-  
koalition ist die  
mit der Grazer  
Bevölkerung.  
Diesem Bündnis  
werden wir immer  
treu bleiben.**

**Elke Kahr**  
KPÖ-Stadträtin

Elke Kahr, Spitzenkandidatin der KPÖ-Graz zur Journalistenfrage, mit wem sie nach der Wahl koalieren will.

Worauf ist der Erfolg der KPÖ-Graz zurückzuführen?  
Wie arbeitet sie?

3



## „Gesellschaft muss anders ausschauen.“

Ernest Kaltenegger, KPÖ

Ernest Kaltenegger war Wohnungsbaustadtrat der Stadt Graz von 1998 bis 2005.

Die KPÖ gewann bei den Gemeinderatswahlen mit 7,9 % vier Sitze im Rat und einen Sitz im Stadtsenat.

Die KPÖ verfügte über keine „Regierungs“erfahrung – sie war Jahrzehnte Oppositionspartei.

*„Uns war bewusst, dass viele unserer Vorschläge und Forderungen nur bei einem völligen Politikwechsel, der auch teilweise die Grenzen unseres Gesellschaftssystems sprengen müsste, realisierbar sind.“*

*Ein solcher Politikwechsel lässt sich aber nicht mit vier von 56 Abgeordneten in einem lokalen Parlament herbeiführen.“*

4



Sie haben Probleme mit Ihrem Vermieter, Fragen zum Mietvertrag oder sonstige Anliegen rund ums Thema Wohnen? 👍 Der Mieter-Notruf der KPÖ Graz steht Ihnen täglich von 10 bis 20 Uhr unter 0316/717108 zur Verfügung – natürlich kostenlos! ❤️▶

Um auf dieses Angebot hinzuweisen, das die KPÖ seit vielen Jahren anbietet, sind unsere Aktivist:innen auch dieses Wochenende wieder in der ganzen Stadt unterwegs und gehen mit Info-Türanhänger durch die Siedlungen und Nachbarschaften. Danke für euren Einsatz! 🗨️ (facebook)

Ernest Kaltenecker: „Ich verstehe die KPÖ als Hilfsinstrument der Bevölkerung im Kampf um ihr Recht.“

5



“Luftschlößer überlassen wir anderen - ich werde mich weiterhin zuerst dafür einsetzen, dass **Graz eine gute Heimat für alle Menschen ist und niemand vergessen wird.**“

Elke Kahr  
KPÖ-Stadträtin

Elke Kahr **KPÖ**

## „Helfen statt reden“

Erne PDF-Da

Elke Kahr ist Stadträtin seit 2005. Sie folgte Ernest Kaltenecker im Dezernat für Wohnungsbau. In dieser Wahlperiode wurde die Sanierung der alten Gemeindewohnungen abgeschlossen und der Bau von 500 neuen Wohnungen beschlossen. Das machte Elke Kahr sehr populär. Nach den Gemeinderatswahlen 2017 wurde ihr das Dezernat für Wohnungsbau entzogen und sie bekam dafür das Verkehrsdezernat. Die anderen Parteien hofften auf geringeren Erfolg. Vergebens! Kahr sorgte für mehr Verkehrssicherheit, Fußgängerbereiche, Radwege, ein kostengünstiges Öffi-Jahresticket, eine neue Straßenbahnlinie, Verhinderung der Plabutsch-Gondel uvm.

Die Arbeit mit Mieter:innen und die Sozial-sprechstunden wurden dennoch fortgesetzt.

6

## Wie viele Termine hatte Elke Kahr letztes Jahr in ihren Sozialsprechstunden?



365



968



2.521

Elke Kahr **KPÖ**

„Auch besonders hervorzuheben ist dass ich mal verzweifelt versucht hatte bei Sozialstadtrat!!! Hohensinner einen Termin zu bekommen, was von seiner Seite komplett ignoriert wurde. Bin dann mit meinem Problem zur KPÖ gegangen und dort hatten sogar neben Elke und Robert zwei weitere überaus kompetente Mitarbeiter Zeit für mich. 👍👍👍 Somit sollte jeder Wähler darauf hingewiesen werden, dass er nicht nur Elke sondern ein komplettes Team mitwählt, welches sich tatsächlich akribisch um jede Angelegenheit kümmert - man kann sich gerne überzeugen wie dies vergleichsweise bei anderen Fraktionen abläuft.“

Facebook-Kommentar

7



Robert Krotzer ist 34 Jahre und seit 2017 der zweite Stadtrat in der Grazer Stadtregierung. Sein Ressort ist Gesundheit und Pflege. Das ist auch in Österreich Sache der Zentralregierung. Was macht ein linker Stadtrat vor Ort? Während Corona waren Gesundheitsamt und KPÖ direkt ansprechbar für Probleme und für ein niederschwelliges Impfangebot in den Stadtteilen.

Einsatz für mehr Geld und Personal, Pflege-treffen, Proteste, Schwerpunkt seelische Gesundheit, Schulgesundheit, „Raus mit der Laus“, „Pflegedrehscheibe“, Demenzhilfe, Plattform freie Pflegeplätze, Konzept für bezahlbare häusliche Pflege, mobiler Reinigungsdienst zum Erhalt des Wohnraums...

Robert Krotzer: „Graz zeigt, dass die Menschen von der Politik etwas ganz anderes erwarten.“

8

121 Hektar seit 2012: Genug versiegelt!

## Verbauung stoppen!



**Stadtweite Bebauungsplanpflicht** für mehr Mitsprache bei Bauprojekten für Bevölkerung und Gemeinderat!



**Grünflächenfaktor** zur Sicherung von ausreichend Grün- und Freiflächen!



**Versiegelungsabgabe** für Neubauten zum Ankauf ökologischer Ausgleichsflächen.

Elke Kahr **KPÖ**

## Umweltschutz ganz konkret

Die Grazer KPÖ greift Umwelt- und Klimaprobleme vor Ort auf. Der soziale Aspekt wird betont. Beispiele: Kein Vorrang für investorengetriebene Bebauung, Sozialticket beim Nahverkehr, Bänke in den Stadtteilen, öffentliche WCs, gegen Geldverschwendung und Umwelterstörung bei der Plabutschgondel, Hochwasserschutz, Bürgerbegehren beim Muhrkraftwerk, Fahrrad-Highway durch die Stadt, gegen die Ansiedlung eines großen Amazon-Logistikzentrums...

Elke Kahr: „Die Stadtplanung muss den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht der Baulobby folgen!“

9



## Was es sonst noch gibt...

Das Volkshaus, jedes Jahr ein Volkshausfest, die Volkshausredoute (Tanzabend), Protest-Songcontest, Bildungsverein der KPÖ Graz, Theaterkarten zum Verschenken, Tag der offenen Konten, Unterschriftensammlungen, Volksbefragungen, Aktionen, Sozialratgeber, Wegweiser Senioren, Wegweiser seelische Gesundheit...

Eine breite Öffentlichkeitsarbeit, Stadtblatt (drei bis viermal im Jahr für alle Grazer:innen), Antikapitalismus und Veröffentlichungen zur antifaschistischen Geschichte...

Seit September 2021: Ein dritter Stadtrat. Manfred Eber, Fachmann für Finanzen und Haushalt

10

Elke Kahr im Sommergespräch  
mit der Kleine Zeitung

## Über Kommunismus

- 3** **Bürgermeister Nagl versteht nicht, wie man seine Partei kommunistisch nennen könne, bei all dem, was im Namen des Kommunismus verbrochen wurde.**

Der Kommunismus ist eine Utopie, es ist immer die Frage, was du aus einer Idee machst. Ich bin stolz, in einer Partei zu sein, die immer auf der Seite der Arbeiter, nicht der Konzerne und Vermögensberater ist. Ich bin stolz, weil Kommunisten die aktivsten im Widerstand gegen die Nazis waren.

Elke Kahr **KPÖ**

## Was ist wichtig?

„Die Grazer Kommunistinnen und Kommunisten haben sich auch nicht die Mühe gemacht, ihren diskreditierten Namen zu ändern. Anderswo heißen die Nachfolger der einst einflussreichen und mittlerweile fast von der Bildfläche verschwundenen kommunistischen Parteien verschämt **DIE LINKE** wie in Deutschland oder **La France insoumise** wie in Frankreich. In Graz heißen sie unverdrossen weiter **KPÖ** und stellen neuerdings die stärkste Fraktion im Gemeinderat.“

Der Standard

11



## Herz-Jesu-Kommunismus?

„Als KommunistInnen sind wir InternationalistInnen. Frieden und Völkerverständigung sind seit der Gründung der KPÖ vor über 100 Jahren ebenso Mittelpunkt unserer Bewegung wie das Ringen um sozialen Fortschritt und Wohlstand für alle Menschen, die hier leben. Die derzeitige neoliberale Ausrichtung der EU steht diesen Ansinnen jedoch entgegen. Wir werden es uns nicht nehmen lassen zu kritisieren, dass der Brüsseler Apparat von Lobbyismus geprägt ist, dass das Frontex-Grenz-Regime tausende Menschenleben fordert, dass der Zwang zur Austerität Millionen EuropäerInnen in Armut stürzt, dass der Brain Drain und die innereuropäische Care-Chain viele periphere EU-Staaten seiner Fachkräfte beraubt, um sie hierzulande als billige Arbeitskräfte einzusetzen, oder dass Militarisierung und Aufrüstung quasi in Verfassungsrang gehoben werden sollen...“

12

## Was tun?

„Aber dennoch lässt sich bei Labour unter Corbyn durchaus Modellhaftes abschauen. An der Basis, in den Stadtteilen und kleinen Städten, entstand dort wieder ein lebendiges Parteileben, in der dezentralen Parteiarbeit entwickelte sich das Bild, dass sich die Partei um die Menschen kümmert. Zudem formierte sich eine Bewegung junger Leute, die sich für Corbyn und seinen Kurs stark machten, angeführt von der Bewegung „Momentum“. Genau diese Kombination aus Bewegung und Partei führte auch Syriza nach 2010 von der Kleinpartei zur 40-Prozent-Partei. So entwickelt sich eine Art Mitmachpartei, die der Falle „entweder Traditionspartei oder neue, linksliberale urbane Mittelschichten“ entgeht.“

„Die Menschen, die den Status quo satt haben, werden niemandem Vertrauen schenken, der nicht glaubwürdig für etwas Neues steht. Aber das wäre nur ein erster Schritt. Linke Parteien waren immer dann stark, wenn sie Fäden und Netzwerke geknüpft haben, wenn sie den Alltag in den Stadtvierteln strukturierten oder einfach nur vor Ort präsent waren. Wenn sie selbst als Netzwerke und Bewegungen funktioniert haben.“

Nah bei den Leuten -  
Fern der Macht!  
taz, 2018